

AFK-Jahreskolloquium
**„Klimawandel und Konflikt:
 Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“**

Bericht: Joice Biazoto*

Das Jahreskolloquium 2010 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) fand in Hamburg statt und wurde in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Villigst organisiert. Gefördert wurde die Tagung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) und die Bundeszentrale für politische Bildung. Kooperationspartner waren das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), das Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), die Akademie der Wissenschaften in Hamburg sowie die KlimaCampus Exzellenzinitiative der Universität Hamburg.

Begrüßung und Einführung

In der Friedens- und Konfliktforschung ist der Klimawandel ein neues Thema. Vor zwei Jahren im AFK-Jahreskolloquium in Leipzig habe ein Vortrag zu „Friedensrisiko Klimawandel“ von Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Interesse am Thema geweckt, aber auch viele Fragen offen gelassen, so Dr. Barbara Müller, Vorsitzende der AFK. Für Müller ist besonders wichtig, dass zum Thema Klimawandel die Expertisen verschiedener Richtungen zusammenkämen. Allerdings sei dies keine einfache Aufgabe: Es gebe noch keinen gemeinsamen Diskurs und keine wissenschaftliche Community, die Konfliktforschung und Konfliktbearbeitung mit den „intensiver vernetzten“ Klimaforschern verbinde.

Überdies gebe es noch keinen eindeutigen Bezug zwischen Klimawandel und Konflikt. Mehrere Fragen veranschaulichten diese Unsicherheit: „Ist Klimawandel ein verursachender Faktor für Konflikt, oder beschleunigt er die Konfliktdynamik? Wie geht man mit Prognosenunsicherheit um, und mit welcher Datenbasis kann man arbeiten?“ Auf diese Fragen gebe es noch keine Antworten. Ziel der Tagung sei es, nicht nur die Verbindung Klimawandel-Konflikt kritisch zu beleuchten, sondern auch die Rolle der Friedensforscher zu identifizieren und die Werte der Friedens- und Konfliktforschung auf die Problematik anzuwenden: „Welche Handlungsstrategien, die wir aus dem Bereich Friedens- und Konfliktforschung kennen und dort entwickelt haben, können hilfreich sein, um beim Umgang mit Klimawandel weiterzuhelfen?“

Befunde und Perspektive der Klimaforschung

Dr. Hartmut Graßl, Klimaforscher und Professor em. an der Universität Hamburg, einer der ersten Wissenschaftler, die schon in den 80er Jahren vor dem Klimawandel warnten, erinnerte, dass Klimaforschung damals nicht mehr als Meteorologie war und niemand sie ernst genommen habe. Seit den 80er Jahren wurden viele Fortschritte bezüglich Umwelt und Klimawandel gemacht, was eine „ungeheure

* Herzlichen Dank gilt den ModeratorInnen der Gesprächsforen sowie Wilhelm Nolte und Barbara Müller für die Unterstützung bei der Verfassung des Berichts.

Leistung der Zivilgesellschaft“ beweise. „So schnell haben Politiker solch große Themen selten angepackt“, so Graßl.

Alle möglichen IPCC-Szenarien für den Klimawandel, betonte Graßl, bedürften schneller und sofortiger Aktion, um deren gravierende Auswirkungen zu vermeiden. Unabhängig davon, welche Klimaschutzpolitik geleistet werde, sei bis 2035 „alles schon vorgegeben“. Den kommenden Generationen bleibe nur, sich anzupassen. Sogar wenn man sich an die politisch suggerierte 2°C-Temperaturanstiegsgrenze halte, habe die Menschheit so einen hohen Anstieg noch nie erlebt. Dennoch sei es wichtig, dass die Übereinkunft von Kopenhagen das 2°C-Ziel zur Kenntnis genommen habe: Es hätte massive Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik, wenn man dieses Ziel einhalten würde.

Als Lösungsansätze empfiehlt Graßl vor allem Sonnenenergie, denn sie sei die erneuerbare Energiequelle mit dem größten Potenzial. Graßl warnte sowohl vor der Nutzung von Biomasse, welche zusätzlich Abgase emittiere, als auch vor übermäßiger Inanspruchnahme der Windenergie: Sie dürfe nur bis zu 10 Prozent des gesamten Energieverbrauchs entsprechen, um nicht weitere Klimaänderungen zu verursachen.

Graßls Schlussfolgerung lautete, dass das 2°C-Ziel höchstwahrscheinlich nicht reiche. Stringentere Langzeitziele seien schon jetzt notwendig.

Globaler Klimawandel und Gewaltkonflikte: Befunde und Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Jürgen Scheffran, Professor für Klimawandel und Sicherheit, Fachbereich Geographie, (CiSAP) der Universität Hamburg, erklärte, dass es ein Spektrum von Folgen des Klimawandels für die Sicherheit gebe: Einerseits sind sie von Stress, Verwundbarkeit und Risiko abhängig, andererseits von „Mitigation, Adaptation and Cooperation“. Dies heißt, dass Klimawandel sowohl zu Instabilität und erhöhten Sicherheitsrisiken als auch zur Vermeidung von Sicherheitsbedrohungen führen kann.

Verschiedene Studien, darunter die des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 2007), stellen Klimawandel als Bedrohungs-Multiplikator dar: Er könne bestehende Spannungen und Instabilitäten verstärken, die Problemlösungskapazitäten von Staaten überfordern und die Bedingungen für ein Staatsversagen verschärfen. Dies könnte von großer Tragweite sein, etwa angesichts der Tatsache, dass gegenwärtige bewaffnete Konflikte sich in Regionen konzentrieren, die besonders vom Klimawandel betroffen sein werden. Allerdings dürfe man nicht nur die großen Ereignisse betrachten, sondern müsse jeden Einzelfall beleuchten. Scheffran verwies hier auf verschiedene „Hot Spots“, in denen Umweltprobleme und Konfliktsituationen zusammenkommen. Diese „Hot Spots“ zeigen ein erhöhtes Risiko in mindestens einer der vier vom WBGU definierten klimainduzierten Konfliktkonstellationen: Degradation von Süßwasserressourcen, Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen und umweltbedingte Migration.

Insbesondere warnte Scheffran vor der Erhöhung des Sicherheitsrisikos in Afrika, da dieser Kontinent mehr als andere von klimaverbundenen Problemen betroffen sein werde – wie etwa dem Meeresspiegelanstieg, der Entwaldung und epidemischen Krankheiten. Darüber hinaus werde die

sogenannte „Bottom Billion“ – die Milliarde der ärmsten Menschen, von denen viele in Afrika wohnen – sowohl mit höheren Temperaturen als auch mit weniger Niederschlägen leben müssen.

Scheffran drängte darauf, die Verbindungen in der ganzen Wirkungskette vom Klimawandel näher zu betrachten: Beispielsweise belaste der Klimawandel die natürlichen Ressourcen, was eine Auswirkung auf die menschlichen Bedürfnisse habe; die Reaktion darauf könne wiederum zu gesellschaftlicher Instabilität bzw. Antwortstrategien führen. Diese Wirkungskette könnte aber auch umgekehrt sein, da Konflikte ihrerseits menschliche Bedürfnisse beeinträchtigen, was wiederum eine Einschränkung der natürlichen Ressourcen verursachen könne; der Klimawandel könne zudem verschärft werden, wenn nicht-nachhaltige Lösungsstrategien umgesetzt würden.

Der konflikträchtige Klimawandel – Ein Sicherheitsproblem?

Die verbreitete Wahrnehmung von Klimawandel als Sicherheitsrisiko und die Frage der Versicherheitlichung analysierte Professor Dr. Michael Brzoska, Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, in seinem Vortrag. Ihm ging es um drei zentrale Fragen: ob der Diskurs über Klimawandel als Bedrohung der Sicherheit hohe Bedeutung hat, wie über Sicherheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel gesprochen wird, und welche Wirkung dieser Diskurs bereits gezeitigt hat. Die Ergebnisse seiner Forschung zeigten, dass es politisch relevante Indikatoren für eine Versicherheitlichung im Diskurs über Klimawandel gebe, doch hätten sie bis jetzt relativ wenige materielle Wirkungen gezeigt oder Schaden hervorgerufen. Er glaube, dass die Rede von Klimawandel als Sicherheitsproblem erhebliches Potenzial für konkrete Wirkungen mit sich bringe, darunter die Frage der Bereitstellung erheblicher finanziellen Ressourcen, um das Problem des Klimawandels zu bearbeiten. Außerdem sei der Begriff der Sicherheit im politischen Diskurs immer noch mit Vorstellungen traditioneller militärischer Maßnahmen besetzt.

Als Ausgangspunkte nannte Brzoska erstens die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs in den letzten Jahrzehnten – bei „Sicherheit“ gehe es heute um „vitale Interessen“ der Menschen und Gesellschaften – und zweitens, dass es keine natürlichen Sicherheitsbedingungen gebe, sondern unter den möglichen Risiken für Menschen und Gesellschaften nur einige den Status von Sicherheitsproblemen erreichten. Aus diesen Ausgangsbedingungen folge, dass die Rede von der Sicherheit für bestimmte Probleme anders geartete Maßnahmen rechtfertige als für solche, die nicht als Sicherheitsprobleme gekennzeichnet sind: Da es sich um vitale Interessen handle, seien außergewöhnliche Maßstäbe notwendig. Brzoska sieht hierin den Kern des Securitization-Arguments: Die Rede von Sicherheit führe aus dem Üblichen heraus, rechtfertige und fordere ein Vorgehen, welches sonst nicht als notwendig angesehen oder politisch akzeptiert würde.

Nach Brzoska sind Sicherheit und Frieden im Jahre 2006 mit mehreren Studien zum zentralen Thema des Klimawandels geworden. Manche dieser Berichte über Klimawandel und Sicherheit hätten multilaterale politische Prozesse stark beeinflusst, u.a. den im März 2008 von EU-Chefdiplomat Javier Solana verfassten Bericht, der den Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator beschrieb, zur Stärkung der Frühwarnungs- und Präventionskapazitäten der EU aufrufe und feststelle, dass die EU ihre

Reaktionskapazität für Katastrophen verbessern müsse. Brzoska wies darauf hin, dass diese Berichte, die zum dominanten Diskurs über Klimawandel und Sicherheit gehörten, keine außergewöhnlichen Maßnahmen oder Militarisierung bevorzugten, sondern vielmehr die Stärkung von Institutionen der Konfliktbearbeitung und integrativen Politiken. Eine stärkere Darstellung von Krieg und Gewalt als Klimawandelrisiken könne in anderen Dokumenten gefunden werden, wie etwa im US National Security-Bericht. Trotzdem werde in diesem Bericht nicht von einer Militarisierung, sondern von Vermeidung des Klimawandels geredet.

Schließlich fragte Brzoska danach, ob Auswirkungen der rhetorischen Verbindung zwischen Klimawandel und Sicherheit bereits feststellbar seien. Er nannte folgende Fälle als relevante Beispiele:

1. Die Klimapolitik der USA habe sich geändert, aber nicht durchschlagend: der Versuch, Klimawandel als Sicherheitsproblem zu thematisieren, sei nur teilweise erfolgreich gewesen.
2. Kleine Inselstaaten im Pazifik hätten zwar die Rede von der Sicherheit adaptiert, aber nur beschränkten Erfolg mit ihren Vorträgen im Rahmen der Vereinten Nationen gehabt.
3. Entwicklungspolitische Akteure hätten mit dem Diskurs der Funktion von Unterentwicklung im Zusammenhang zwischen Klimawandel und Unsicherheit keine politische Wirkung gehabt; in Deutschland gebe sogar es eine gegenläufige Tendenz.
4. Das Thema Klimawandel sei in den Streitkräften angekommen. Das Vereinte Königreich habe eine Klimastrategie entwickelt; die US-Armee setze die Verminderung des CO₂-Ausstoßes von US-Truppen zum Ziel. Man könne das noch nicht als Militarisierung betrachten, aber es könnte neue Perspektiven für militärische Aufgabenstellungen eröffnen.
5. Auch die zivilen Katastrophenschutzexperten sähen mit dem Klimawandel zusätzliche Aufgaben im Bereich der Sicherheit. Konkrete Auswirkungen könnten schon im Fall „Katrina“ beobachtet werden.
6. Das Thema Klimawandel und Sicherheit werde auch in der Migrationspolitik vorangetrieben. Der Ausbau der EU-Grenzpolizei, Frontex, und der politische Diskurs im Europäischen Rat zeigten, dass die Problematik von politischer Brisanz sei.

Die Schlussfolgerung Brzoskas angesichts dieser Befunde lautete, dass die Intensivierung des Diskurses über Klimawandel und Sicherheit seit 2006 bis jetzt keine Versicherheitlichung im Sinne der Kolloquiumsthese verursacht habe, aber argumentativ und politisch Türen geöffnet worden seien, die für eine Versicherheitlichung in der Zukunft benutzt werden könnten: Die Banalisierung des Sicherheitsbegriffs werde vorangetrieben, so Brzoska. Letztlich werde und müsse die „Klimawandel und Sicherheit“-Debatte auch in der Friedens- und Konfliktforschung weitergehen.

Klimapolitik zwischen Alarmismus und Verharmlosung

Professor Dr. Klaus Töpfer, ehemaliger Umweltminister und Gründungsdirektor des Potsdamer Instituts für Klimawandel, Erdsystem und Nachhaltigkeit, eröffnete seine auf Einladung der Akademie der Wissenschaften der Universität Hamburg zustande gekommene, öffentliche Rede im vollen Auditorium der Bucerius Law School mit einer bekannten Geschichte: der Junge, der „Wolf!“ schrie. Die Geschichte

zeige, dass man mit der Nutzung von Alarmen haushälterisch umgehen müsse. Dies gelte auch für den Diskurs über Klimawandel.

Auf der anderen Seite betonte Töpfer, dass Prognoseprobleme keine Ausrede dafür seien, nicht zu handeln. Auf der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 habe die Wissenschafts-Community das Vorsorgeprinzip adaptiert, welches lautet, dass, wenn langfristige und irreversible Gefahren drohten, ein nicht vollständiges Wissen nicht als Entschuldigung dafür genommen werden dürfe, keine Maßnahmen zu ergreifen. Doch wenn man ohne vollständiges Wissen zum Handeln verpflichtet sei, wie sollte man entscheiden? Für die Antwort zitierte Töpfer den renommierten Philosophen Karl Popper: Man solle „non-regret“-Entscheidungen treffen, die umkehrbar und immer noch sinnvoll sind, selbst wenn die auslösende Hypothese nicht verifiziert wird.

Als wichtigste Frage des Umgangs mit dem Klimawandel nannte Töpfer die Energieversorgung. Energiepolitik habe ein „magisches Dreieck“ zum Ziel: Es gehe darum, eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung zu erreichen. Gleichzeitig müsse man damit rechnen, dass im Jahre 2050 neun Milliarden Menschen auf der Erde leben werden, was das Erreichen der Ziele noch schwieriger machen werde. „Wir werden wohl auch dazu beitragen müssen, dass diese gewaltigen Wohlstands- und Einkommensunterschiede überwunden werden, weil wir sonst einen friedlichen Planeten nicht haben werden“, so Töpfer.

Entwicklung, betonte Töpfer, könne wiederum auf die Verfügbarkeit von Naturkapital und Energie zurückgeführt werden, da es einen engen Zusammenhang zwischen Wachstum und Energienachfrage gebe. Allerdings müsse man sich damit auseinandersetzen, woher die Energie für die künftige Entwicklung kommen werde. „Es ist ein Gebot der Stunde, allein aus ökonomischen und aus Versorgungssicherheitsgründen, alles daran zu setzen, um eine Erweiterung der Energieangebotspalette und damit eng verbunden eine revolutionäre Erhöhung der Energieeffizienz zu erreichen.“

Zum Schluss rief Töpfer zu einer „Abrüstung der Sprache“ auf. Er forderte beide Seiten, Alarmisten und Skeptiker dazu auf, die Argumente auszutauschen, einander zuzuhören und ernst zu nehmen. Toleranz sei die Herausforderung: Mut und Bereitschaft seien vonnöten, den anderen nicht auszugrenzen, sondern einzubinden.

Neue Herausforderung der Friedens- und Konfliktforschung

Die Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises 2010 beschloss den ersten Tag des Jahreskolloquiums der AFK. Die Juryvorsitzende Tanja Brühl, Universität Frankfurt, bekräftigte die Herausforderung, sich mit innovativen Gedanken und Konzepten auseinanderzusetzen; dieses Jahr wurde der Gewinner aus 32 Qualifikationsarbeiten (Dissertationen, Bachelor-, Master- und Magisterarbeiten) auf Deutsch und Englisch gewählt. Der zweite Preis ging an Martin Binder für seine Dissertation über „The Selectivity of Humanitarian Intervention“. Den ersten Preis erhielt Hannah Franzki mit ihrer Diplomarbeit zum Thema „Strafrecht als Mittel des Vergangenheitsmanagements: Die Fälle Uruguay und Argentinien“.

Auf den einer weitgreifenden Einführung in die vielschichtigen Problemstellungen gewidmeten ersten Kolloquiumsteil, der in geschlossenen Referaten, teils vor größerer Öffentlichkeit dargeboten wurde, folgte das Bemühen am Folgetag, die Teilnehmer über möglichst viele Zugänge zur Problematik in sektoralen und in regionalen Fokussierungen und dichten Detaildebatten in die Tagungsarbeit einzubeziehen. Hierzu wurden vor allem die nachfolgend kurz rezipierten Gesprächsforen realisiert.

Forum Wasserverknappung als Medium von Konflikt und Kooperation

Dr. Petra Döll, Professorin am Institut für Physische Geographie der Universität Frankfurt, stellte zu Beginn in grundlegender naturwissenschaftlicher Betrachtung klar, dass es sich bei Wasserverknappung bzw. Wasserstress sowohl um eine Knappheit für Menschen, aber auch für natürliche Ökosysteme, insbesondere Süßwasserökosysteme, handele. Dabei werde die Wasserverknappung vorwiegend durch die Bewässerung verursacht. Der Mangel an Trinkwasser sei vor allem eine Frage der unzureichenden Infrastruktur, nicht eine Frage der knappen Wassermengen an sich. Vulnerabilität werde aber nicht nur durch Knappheit verursacht, sondern aufgrund der mit dem Klimawandel steigenden Niederschlagsvariabilität – auch durch zeitweilig zu viel vorhandenes Wasser.

Dr. Christine Bichsel, Universität Fribourg, behandelte unter der Fragestellung „Wasserkonflikte in Zentralasien: Knappe Ressourcen oder umstrittene Grenzen?“ den Charakter und die Dynamik von Wasserkonflikten am Beispiel Ferghana-Tal. In dieser Region, welche den ex-sowjetischen Staaten Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan zuzurechnen ist, werde Bewässerungslandwirtschaft betrieben. Sie wurde nach dem Zerfall der Sowjetunion international als Gebiet mit hohem Risiko für gewaltsame Konflikte wahrgenommen, wobei Wasserknappheit als zentrale Ursache gelte. In Bichsels Studie geht es darum, die Hypothese zu prüfen, dass Wasserkonflikte sozial konstruiert und historisch verankert sind. Dies wurde am Beispiel des Entstehens und der Eskalation von lokalen Konflikten beobachtet. Sie konnte zeigen, dass die meisten Konflikte in unmittelbarer Nähe der neuen zwischenstaatlichen Grenzverläufe zu lokalisieren sind und mit den Prozessen der Grenzziehung und den veränderten Formen von Territorialität zusammenhängen. Symptomatisch sei der Fall Maksat an der Grenze zwischen Tadschikistan und Kirgisistan, wo den Einwohnern 1996 60 Häuser zur Verfügung gestellt wurden, ohne dass die Regierung ihnen einen Wasserzugang verschafft hatte. Der daraus erwachsene Konflikt sei ein territorialer, der aber gern als ethnischer Konflikt dargestellt werde. Daraus folge, dass auf diesem Erklärungsansatz basierende Interventionen von Drittparteien nicht zum Erfolg führen würden.

In den letzten zwei Jahrzehnten sei das Bewusstsein um die Konfliktrichtigkeit der Ressource Wasser deutlich gestiegen, so Jana Jüssen, Universität Köln, in ihrem Beitrag zu „Wasserknappheit zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“. Doch das Diktum des ehemaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, dem zufolge der nächste Krieg nicht um politische Differenzen, sondern um die Ressource Wasser geführt werde, nannte sie fragwürdig. Vielmehr zeigten quantitative Studien wie die von A. T. Wolf et al., dass es in Streitfällen um Wasser höchstwahrscheinlich zu kooperativen Regelungen

komme. Wasserknappheit per se reiche nicht als ursächlicher Konfliktgrund aus; vielmehr korrelierten Wasserstressindikatoren nur schwach mit bewaffneten Konflikten. Es gebe allerdings Ausnahmen, wenn z.B. Wasserbecken eine große oder rapide Wandlung erführen. Doch auch dies sei nicht dramatisch, wenn Institutionen diese Entwicklung absorbieren könnten.

Klimaflüchtlinge – Fiktion und Realität

Das Forum „Klimaflüchtlinge – Fiktion und Realität“ hatte zum Ziel, eine Bestandsaufnahme gegenwärtiger Diskurse zum Thema Migration und Klima zu leisten und gängige Diskussionen kritisch zu beleuchten. Christoph Methmann, Universität Hamburg, leitete unter dem Titel „‘Climate refugees‘ as dawning catastrophe?“ ein, indem er empirische Studien zu Klimawandel, Flucht und Migration mit aktuellen Migrationsbewegungen verglich. Er argumentierte, dass es der Forschung bisher nicht gelungen sei, zukünftige Zahlen vorherzusagen. Denn ob Klimawandel zu Migration führe, hänge von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie zum Beispiel der Empfindlichkeit und dem Grad der Belastung, von Migrationspolitiken und -regulierungen, von bereits bestehenden Migrantennetzwerken sowie den Mitteln zur Migration.

Bettina Engels, FU Berlin, untersuchte „Umweltvulnerabilität und Gewaltkonflikt in der Côte d’Ivoire“ und argumentierte, dass Ansätze der politischen Ökologie besser als neomalthusianische Argumente in der Lage seien, den Zusammenhang von ökologischen Wandlungsprozessen, Migration und Gewaltkonflikten zu erklären. Hier identifizierte sie theoretische und methodische Ansatzpunkte, die dazu beitragen können, konzeptionelle Lücken in der bestehenden Literatur zu schließen.

Schließlich beschäftigte sich Dr. Ulrike Borchardt, Universität Hamburg, mit den sogenannten „Klimaflüchtlingen“ im Mittelmeerraum und fragte, wer diese Flüchtlinge eigentlich sind, aus welchen Regionen sie stammen, aus welchen Gründen sie ihre Heimat verließen und wie viele von ihnen sich des Klimas wegen auf den weiten Weg machen. Hier ging sie ferner der Frage nach, ob ‚Versicherheitlichung‘ die richtige Antwort auf den Versuch zahlreicher Menschen aus Krisenregionen sei, in der EU eine neue Lebensperspektive zu finden. Borchardt veranlasste damit eine lebhafte Diskussion um eine Kategorisierung von Migranten als „Klimaflüchtlinge“.

Globale Verstädterung, Klimawandel und Konfliktlagen

Das Forum wurde eingestimmt mit Impulsen von Dr. Jürgen Ossenbrügge, Professor für Stadt- und Regionalökonomie, HafenCity Universität Hamburg, zu „Vulnerabilität von Stadtregionen im Klimawandel und ihre Transformation zu Sicherheitsrisiken“ und von Dr. Dieter Läßle, Professor em. am Fachbereich Wirtschaftsgeographie, Universität Hamburg, zur „Rolle der Städte im Klimawandel“, anschließend mit einem Fallbeispiel vertieft von Dr. Michael Waibel, DFG-Projektmitarbeiter „Megacities – Megachallenge“, zu „Konfliktpotenzialen von Klimawandel in einer hochdynamischen mega-urbanen Region mit extremer Vulnerabilität: Das Beispiel Ho Chi Minh City, Vietnam“.

Angesichts der zunehmenden Verstädterung der Weltbevölkerung und den hieraus folgenden Problemlagen stand kritisch zur Debatte, ob der Klimawandel in Großstädten immer eine neue

Dimension von Konflikt im Sinne eines verursachenden Faktors oder einer eigenständigen Konfliktkonstellation darstellen wird, bzw. bereits jetzt darstellt. Die Referate und Aussprache machten deutlich, dass Klimaveränderungen die folgenden Konfliktgegenstände in Städten berühren: Verwundbarkeit durch Katastrophen und der Umgang damit; Nutzungsrechte an Ressourcen und ihre Verteilung, Bodennutzungen und Wasserzugang; Verteilung der Lasten von Anpassungs- und Vermeidungsstrategien. Insbesondere die ungleiche Verteilung von Reichtum und Armut und die ungleichen Wohn- und Lebenssituationen (am Hang, am Wasser, ungesichert usw.) stellen ein Konfliktpotenzial dar, das Instabilitäten fördern und Gewalt hervorrufen kann.

Städte sind Hauptverursacher der Klimaveränderung und verstärken zugleich diesen Prozess. Sie sind ihrerseits besonders anfällig für Klimaereignisse. Diese Herausforderung ist in vielen Städten angekommen; es gibt „Greening“-Strategien in fast allen Weltstädten und Anstrengungen, das Potenzial der Stadt als ökologischste Siedlungsform zu nutzen. Die Frage in Bezug auf die Konflikthaltigkeit dieses Prozesses ist, wie sensibel sich solche Strategien zu den oben beschriebenen Konfliktgegenständen verhalten. Wer profitiert von den Anpassungsanstrengungen in den Städten? Gehört zur Rechnung: „Kosten des Nicht-Handelns gegen Kosten des Handelns“ allgemein auch die Frage, wie sich Investitionen in einen Ausgleich von Disparitäten „auszahlen“ würden?

Vor allem im Hinblick auf die neuen Konsumentenschichten in den dynamischen Großstädten des globalen Südens gewinnt die Fragestellung an Kontur, ob es gelingen kann, den „ökologischen Fußabdruck“ zu verringern. Hier hinterlässt der Diskurs „alte versus neue Verursacher“ seine Spuren, indem der „Klimawandelimperialismus“ angeprangert wird, der diesen neuen Mittelschichten den Konsumverzicht predigt. Kann Klimawandel als Bedrohung für alle verstanden werden? Schafft diese Wahrnehmung ein Gefühl einer gemeinsamen Bedrohung und neue Allianzen? An diesen Überlegungen wurde die Verknüpfung der Handlungsebenen deutlich, die lokale Anstrengungen und Bewusstseinsarbeit mit dem Geschehen auf den internationalen Verhandlungsparketts und dem Handeln anderer Akteure in Beziehung setzt.

Drohende Hungersnöte? Landwirtschaft, Ernährung und Bioenergie

Das Forum leitete der Umweltbeauftragte der Nordelbischen Kirche in der EKD, Dr. Thomas Schaack, ein, der darauf verwies, dass der Bioenergie-Boom im globalen Süden existenzielle Probleme generiere: Da schon der Klimawandel die Ressource Land massiv beschädige oder gar vernichte, gerate besonders in vielen ländlichen Regionen der Hunger zu einem neuen Problem. Gleichzeitig beanspruchten die Produktionsstrukturen der Bioenergie extensive Anbauformen, die von den Regierungen um zweifelhaften Profits willen teilweise mit Landvertreibungen und Menschenrechtsverletzungen erkaufte würden. Diese Handlungsweise widerspreche fundamental den Erkenntnissen des Weltagrarrats, dass vor allem kleinräumige, regional verwurzelte Landwirtschaften in der Lage seien, Ernährung sicherzustellen.

Mareike Lange, Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel, wies in Ergänzung zu diesem Input darauf hin, dass eine Ausweitung der Bioenergieproduktion auf den gegebenen globalen Agrarflächen wahrscheinlich zu steigenden Nahrungsmittelpreisen führen werde. Jedoch könne nicht

allein dem Bioenergiesektor die Schuld gegeben werden; vielmehr müssten die Bedingungen der globalen Ausweitung von Monokulturen in der Agrarproduktion bedacht werden, wie etwa die extensive Fleischproduktion infolge des nach wie vor steigenden Fleischverzehrs auf der nördlichen Halbkugel. Es gehe also vorrangig um den Schutz der kleinbäuerlichen Agrarproduktion vor einer Ausweitung der Monokulturen, um die Nahrungsmittelversorgung zu sichern – und nicht um eine generelle Ablehnung der Biospritproduktion, die auch auf bislang landwirtschaftlich nicht genutzten, nämlich degradierten Flächen entwickelt werden könne.

Klimawandelfolgen in der Region Afrika

Das Forum befasste sich mit den möglichen bzw. wahrscheinlichen Folgen des Klimawandels in (vor allem subsaharischen) Regionen Afrikas. Ausgangspunkt der Betrachtung war der breite internationale Konsens darüber, dass Afrika zu den am stärksten negativ von den Folgen des Klimawandels betroffenen Regionen der Erde gehören wird, obwohl es selbst keinen nennenswerten Beitrag zur globalen Erwärmung leistet. Das Forum widmete sich in kritisch differenzierender Perspektive drei Problemaspekten der Thematik: Zunächst referierte Dr. Matthias Basedau, GIGA Institute for African Studies, Hamburg, zum „Klimawandel als Ursache von zukünftigen Kriegen im subsaharischen Afrika“, hiernach explorierte Wolfgang Schreiber den Konflikt in Darfur, Sudan, als einem „Ersten Klimakrieg“, sodann beleuchtete Dr. Wolfram Laube die „Auswirkungen des Klimawandels auf die afrikanischen Kleinbauern“.

Während hinsichtlich künftig möglicher Gewaltkonflikte in theoretischer Hinsicht eine Kausalkette leicht etabliert werden könne, stehe die diesbezügliche Forschung vor der großen methodischen Herausforderung, Aussagen über künftige Entwicklungen zu treffen, die von einer Reihe mehr oder weniger unbekannter klimatischer, aber auch politischer und ökonomischer Faktoren abhängen. Empirische Befunde über einen möglichen Zusammenhang von degradierten Lebensbedingungen und Gewaltkonflikten in der Vergangenheit seien für Afrika uneinheitlich. Aus Sicht der Kriegsursachenforschung stelle die Etikettierung des Krieges in Darfur als „Klimakrieg“ eine unzulässige Vereinfachung dar, so Schreiber. Gleichwohl hätten ökologische Gründe in der komplexen Ursachengeschichte des Darfur-Konfliktes eine Rolle gespielt, die bereits in den 1990er Jahren vor der Eskalation zum aktuellen Krieg in der Konfliktforschung diskutiert wurden.

Trotz erheblicher Anpassungsbemühungen befänden sich nach wie vor viele kleinbäuerliche Haushalte in Afrika unter starkem Druck, so Laube. Wo der Klimawandel die Kleinbauern am härtesten trifft, werde wohl eine traditionelle/konventionelle Form der Landwirtschaft kaum noch möglich sein. Zusätzlich erzeuge der Klimawandel eine neue Konkurrenz um afrikanische landwirtschaftliche Ressourcen; internationale Konzerne und Regierungen versuchten sich in teils großem Stile Zugang zu Land und Wasser zu verschaffen (Stichwort „land grabbing“). Käme es zu einer nachhaltigen Verarmung der vom Klimawandel betroffenen ländlichen Bevölkerung, so werde dies vermutlich erhebliche sozio-politische Folgen zeitigen. Verstärkte Migration sowie die Zunahme von Ressourcenkonflikten und die weitere politische Destabilisierung afrikanischer Nationalstaaten müssten dann befürchtet werden.

Klimawandelfolgen in verschiedenen Regionen Asiens

Auf dem größten Kontinent werde sich der Klimawandel, so die Forumsmoderation, sehr unterschiedlich auswirken. In drei – nur beispielhaft ausgesuchten – Fallstudien fokussierte das Forum zu Asien auf ohnehin konfliktbelastete Regionen.

Achim Maas, Adelphi Research Berlin, referierte zum „Klimawandel in Südostasien: Katastrophen, Krisen und Konflikte?“ Nach Maas ist Südostasien eine sehr heterogene Region. Die Wirtschaften in den dort liegenden Ländern seien stark von Landwirtschaft, Rohstoffexport sowie Tourismus abhängig. Eine Destabilisierung von Wettermustern sowie eine Zunahme an Extremwetterereignissen könnten daher weiter reichende Auswirkungen auf die sozio-ökonomische Entwicklung der Region haben. Eine besondere Problematik liege in der Interkonnektivität: So diene der Mekong vom Süden Chinas über Laos, Kambodscha bis hin zur Mündung in Vietnam zur Trinkwasserversorgung, zur Bewässerung der Landwirtschaft sowie zur Stromerzeugung. Eine massive Dürre würde somit gleichzeitig mehrere Länder in ihrer Versorgung mit Wasser, Nahrung und Energie gefährden. Aktuelle Maßnahmen zur Nutzung des Mekong – z.B. Dammbauten in China wie in Südostasien – drohten diese Problematiken in der Zukunft noch zu verschärfen.

Die Region sei darüber hinaus von einer Reihe bewaffneter Konflikte gezeichnet. Die Umweltkatastrophe des Tsunami im Dezember 2004 habe für den Konflikt in Aceh/Indonesien eine konfliktlösungsfördernde Wirkung gezeigt, jedoch die Auseinandersetzungen auf Sri Lanka zwischen Singhalesen und Tamilen verschärft. Der Grund für die unterschiedlichen Auswirkungen liege darin, dass solche Vorkommnisse bestehende Trends verstärken. Aus friedenspolitischer Sicht sei es notwendig, plötzliche Krisen und Katastrophen vorbeugend so abzufedern, dass diese nicht als Zündfunke zur (Re-)Eskalation von Konflikten wirken.

Kerstin Fritzsche, Centrum für Nah- und Mitteloststudien der Universität Marburg, zählte in ihrem Beitrag zu „Klimawandel in den arabischen Golfländern: Ähnliche Herausforderungen – tiefe Gegensätze“ zunächst einige regionale Trends für die Länder der arabischen Halbinsel und Irak auf, die unabhängig vom Klimawandel Probleme erzeugen, wie etwa hohes Bevölkerungswachstum mit einem sehr jungen Bevölkerungsdurchschnitt, wachsender Ressourcenverbrauch ohne Nachhaltigkeit und geringe wirtschaftliche Diversifizierung. Hinzu kämen die klimabedingten Faktoren: weitere Verringerung der ohnehin knappen Wasserressourcen, Meeresspiegelanstieg, Bodendegradation und extreme Wetterereignisse. Die Folgen des Klimawandels glichen sich auf der arabischen Halbinsel und im Irak. Die Fähigkeiten der Staaten, den damit verbundenen Herausforderungen zu begegnen, variierten jedoch stark, denn die Region sei von tiefen Gegensätzen geprägt: Ressourcenreichtum und Wohlstand – wie etwa in den Vereinigten Arabischen Emiraten – stehen Armut und Ressourcenmangel – allen voran im Jemen – gegenüber. Da einige dieser Länder es sich leisten könnten, negative Folgen des Klimawandels bspw. durch Agrarinvestments in Pakistan und den Staaten Zentralasiens zu kompensieren, reichten die destabilisierenden Folgen weit über die Region hinaus. Fritzsche schloss mit vier Thesen: Der Klimawandel vertiefe die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in der Region, er steigere die

Bedeutung natürlicher Ressourcen für die Austragung von Konflikten; er gefährde das Entwicklungsmodell der rohstoffreichen Golfländer, und er führe zum Export von Risiken in andere Länder und Regionen.

Anne Hafenstein, Universität Astana in Kasachstan, betrachtete abschließend die Versicherheitlichung des Klimawandels im Aralsee-Becken. Wassermangel, zunehmende Trockenheit und Verlängerung der Sommerperiode, Verringerung der Niederschläge seien nur einige der spürbaren Folgen des Klimawandels. Äußerst bedenkliche Qualitäts- und Managementstandards in Umwelt- und Wasserfragen hätten diese Folgen seit den 60er Jahren bis heute verstärkt. Die signifikanteste Folge sei hier die Austrocknung des Aralsees. Das Aralsee-Bassin berühre alle zentralasiatischen Staaten.

Das Thema Klimawandel sowie dessen Folgen und Auswirkungen tauche nur deklaratorisch bei internationalen Treffen auf. Basierend auf der Annahme, dass nur über die Versicherheitlichung der Thematik auf regionaler Ebene neue Managementansätze etabliert werden könnten, bewertete Hafenstein die bisher beobachtbaren Ansätze. In Kasachstan habe sich mittlerweile ein an nationalen Interessen orientiertes Sicherheitsverständnis in der politischen Elite in Bezug auf Wasser durchgesetzt, was sich hauptsächlich der Formel „Stabilität durch Wachstum“ füge. Die Betonung von Wasser als Allgemeingut stehe im klaren Widerspruch zu regionaler Verträglichkeit. Eine Energie-Wasser-Union nach dem Vorbild der Montanunion könnte eventuell Abhilfe schaffen, doch bis dato stehen sich instrumentalisierte nationale Interessen der Zentralasien-Staaten unversöhnlich gegenüber.

Klimawandelfolgen in der Region Arktis

Die Arktis erwärmt sich schneller als alle anderen Regionen dieser Erde. Für das Jahr 2100 wird eine mittlere Erwärmung der Arktis um 2,8 bis 7,8 Grad Celsius für das A1B-Szenario vorhergesagt (IPCC, 2007). Das Meereis weiche insbesondere in Schelfmeer-Regionen zurück, in denen Rohstoffreserven vermutet oder wie z.B. in der Barentssee schon gefördert werden. Im Arktis-Forum wurde die damit zusammenhängende mögliche Sicherheitsproblematik diskutiert.

Julia Köhler, Ozeanografin der Universität Hamburg, bot einführend einen Überblick über den Klimawandel in der Arktis und arbeitete heraus, welche Konfliktlinien sich durch künftige Meeresbodennutzung ergeben könnten. Dr. Christian Reichert, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Hannover, stellte die Fragen der Grenzziehung heraus, welche durch die Kommission für die Grenzen des Festlandssockels entschieden werden. Lilly Weidemann, International Max Planck Research School for Maritime Affairs, Universität Hamburg, analysierte die Rolle des Arctic Councils. Arved Fuchs, Expeditionsleiter, Bad Bramstedt, beschrieb die Situation der indigenen Völker unter dem Einfluss des Klimawandels.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Arktis und Subarktis zu den Regionen gehören, die vom Klimawandel auffällig stark betroffen sind. Da die Regionen dünn besiedelt sind und verschiedene Formen der Zusammenarbeit bestehen, ist das Risiko für sicherheitspolitisch relevante Konflikte der Anrainerstaaten derzeit dennoch als gering einzuschätzen. Diese Situation kann sich aber bei fortschreitender Verknappung von Rohstoffen durchaus ändern. Große Risiken bestehen für die Umwelt

bei fortschreitender Erwärmung, zunehmendem Schiffsverkehr über den nördlichen Seeweg und wirtschaftlicher Erschließung der arktischen Rohstoffreserven.

Klimawandel als Verteilungskonflikt: Gewinner und Verlierer

In ihrem Vortrag zu durch den Klimawandel ausgelösten Verteilungskonflikten wies Professorin Dr. Nina Michaelis, Fakultät Wirtschaft, Universität Münster, darauf hin, dass die Volkswirtschaft Konflikte anders definiere als die Politikwissenschaft: „Verteilungskonflikte entstehen, wenn sich die Eingangsverteilung durch den Klimawandel verschiebt, und zwar zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, zwischen volkswirtschaftlichen Sektoren und zwischen Regionen.“ Sie betonte allerdings, dass die ökonomische Forschung zu der Verteilungswirkung des Klimawandels noch „in den Kinderschuhen“ stecke.

Der Klimawandel beeinflusse die Verfügbarkeit von Süßwasser, Vegetation, Bodendegradation, Sturm und Flutereignisse. Dies führe dazu, dass eine Temperaturerhöhung von wenigen Prozenten mehrere Prozente des Welt-BIPs kosten werde. Klimawandel beeinflusse auch Angebot und Nachfrage verschiedener Wirtschaftssektoren in unterschiedlicher Weise: Die Länder, die den größten Einkommensanteil in den Sektoren haben, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden, sähen auch den größten Verlusten entgegen. Beispielsweise werde Afrika als Region im Verteilungskonflikt verlieren, weil es in besonderem Maße von der Agrarwirtschaft abhängig sei. Allerdings dürften manche Industrieländer, wie z.B. Skandinavien, durch einen Temperaturanstieg von 3°C ein besseres Klima für Landwirtschaft gewärtigen und dadurch höhere Erträge in diesem Sektor ansammeln.

Bei manchen Wirtschaftssektoren sei relativ klar, dass sie mit dem Klimawandel gewinnen werden, wie etwa Bauwirtschaft und Versicherungswirtschaft. Bei anderen, wie etwa Energiewirtschaft, sei es bis jetzt unklar, ob sie gewännen oder verlören; so würde die Nachfrage für Klimaanlage steigen, aber für Heizungen sinken. Der Tourismus hat eine ebenso gemischte Aussicht: Einerseits würden die nördlichen Regionen attraktiver, andererseits würden die Regionen, die schon heute warm und trocken seien, unattraktiver.

Allerdings warnte Michaelis, dass Gewinner und Verlierer nicht nur durch das BIP definiert werden könnten. Einkommen sei nur ein Faktor, wenn man den Wohlstand von Menschen betrachte. Dazu zählten beispielsweise auch die Subsistenzwirtschaft und Umweltschäden – „Die Natur hat keinen Preis“, sagte sie. Darüber hinaus würden Einkommensverteilung und Gesundheitsfaktoren hierbei nicht berücksichtigt. Mit Blick darauf habe die Stiglitz-Kommission im September 2009 eine alternative Wohlstandsmessung vorgeschlagen, was den klassischen BIP-Begriff reformieren würde, um nicht nur monetäre Verhältnisse, sondern auch Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu messen.

Wenn man den erweiterten Begriff von Wohlstand in Betracht ziehe, so Michaelis, würden die Entwicklungsländer sogar einen höheren Preis für den Klimawandel zahlen. So werde es wegen des

Klimawandels zu 30 bis 170 Millionen zusätzlichen unterernährten Menschen in Afrika kommen. Darüber hinaus würden arme Länder besonders leiden, weil mit höheren Temperaturen sowohl die Zahl der Krankheiten als auch die der Naturkatastrophen steigen würde, jedoch kein Geld vorhanden wäre, um sich vor beiden Problemen zu schützen.

Klimawandel, Verteilungskonflikte und die Frage der Gerechtigkeit

Dr. Thomas Kater, Universität Leipzig, führte eine philosophische Reflektion über die Gerechtigkeitslücke zwischen den verschiedenen Generationen im Bezug auf den Klimawandel an: „Diejenigen, die darunter leiden werden, leben noch nicht und haben das Problem nicht verursacht“, sagte er. Die heutige Generation solle ihre Pflichten gegenüber den folgenden erkennen, denn: „Wir schulden den nächsten Generationen.“ Kater fragte eindringlich: Was schulden wir, und kann man das überhaupt messen? Er schlug vor, dass Nachhaltigkeitsformen als Gerechtigkeitsformen angesehen werden sollten. Das Gleichheitsprinzip gelte: „Den nächsten Generationen darf es nicht schlechter gehen, als es uns jetzt geht“, erklärte er. Allerdings sei es problematisch, Lebensqualität zu operationalisieren. Darüber hinaus sei Handlungspflicht schwierig, weil man nicht wissen könne, in welcher Weise verschiedene Güter bewertet werden sollten, denn „Menschen schätzen Güter mit unterschiedlichen Werten“. Eine weitere Frage sei es, zu identifizieren, wem geschuldet werde. Kater betonte eine normative Verpflichtung gegenüber denen, die die größten „Verlierer“ des Klimawandels sein werden.

Eine dritte Runde paralleler Gesprächsforen rückte die Akteure und Handlungsstrategien in den Mittelpunkt vertiefter Darlegungen und Debatten:

Staatliche Akteure als Blockierer oder Vorreiter einer konstruktiven Klimapolitik? Zur Rolle der EU, der USA, Indiens und Chinas

Martin Kremer eröffnete das Forum mit Betrachtungen zur Rolle der Europäischen Union in den internationalen Klimaverhandlungen. Auf der Grundlage von fünf Thesen beleuchtete er u.a. die Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 und stellte fest, dass die EU – trotz ihres im Vorfeld erklärten Vorreiteranspruchs – während der wichtigen Verhandlungsphasen nicht gut aufgestellt und an den entscheidenden Absprachen nicht beteiligt war.

Unter dem Titel „Der unverbesserliche Bremser?“ thematisierte Professorin Dr. Tanja Brühl, Universität Frankfurt, unterschiedliche Wahrnehmungen amerikanischer Klimapolitik. Hier stünden sich die Hoffnung auf ein stärkeres Engagement und eine konstruktive Rolle der USA in den internationalen Klimaverhandlungen (Außenperspektive) und die Kritik an Obamas zögerlicher nationaler Klimapolitik (Innenperspektive der amerikanischen Zivilgesellschaft) gegenüber. Brühl wollte in dem von ihr gewählten Begriff „Bremser“ die fehlende Unterstützung des multilateralen und völkerrechtlich verbindlichen Rahmens internationaler Klimapolitik angezeigt wissen. Sie erläuterte Meilensteine amerikanischer Klima-

Brems-Politik der Administrationen Bush Sr. bis zu Obama und stellte fest, dass die Klimapolitik der USA in den vergangenen Jahren weniger Brüche als vielmehr Kontinuität aufweise. Zusammenfassend kam Brühl zu dem Schluss, dass die derzeitige erhöhte Wahrnehmung des Klimathemas in der amerikanischen Politik wesentlich mit dem Nexus der Versicherheitlichung – dem Framing von Klimapolitik als Energie- und Sicherheitspolitik – zusammenhänge.

Miriam Schröder befasste sich mit den Rollen Chinas und Indiens in der internationalen Klimapolitik und stellte zu Beginn ihrer Ausführungen zentrale Unterschiede im Selbst- und Fremdbild der beiden Staaten in ihrem klimapolitischen Engagement vor. Die Hauptursachen für die konstatierte Untätigkeit bzw. abwartende Haltung Chinas und Indiens während der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 sah Miriam Schröder u.a. im geringen Interesse am Klimaschutz, in der fehlenden moralischen Verpflichtung und in der jeweiligen Machtposition begründet. Abschließend führte sie aus, dass sich jenseits der internationalen diplomatischen Bühne sowohl in China als auch in Indien auf subnationaler Ebene und durch die Klimaschutz-Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure Möglichkeiten zu einer konstruktiven Klimapolitik eröffnen. Nach ihrer Ansicht sind diese Ansätze kein Ersatz für internationale Klimaabkommen, können aber auf dem Weg dorthin im Rahmen einer Multi-Level-Kooperation einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Klimapolitik und Entwicklungszusammenarbeit als Konfliktprävention

Die Folgen des Klimawandels werden die Entwicklungsländer am härtesten treffen. Welche Rolle kommt der Entwicklungszusammenarbeit im Kontext dieser Folgen des Klimawandels zu? Dennis Tänzler, Adelphi Consult, und Dr. Imme Scholz, DIE, sehen die EZ in der Pflicht, den Ursachen des Klimawandels entgegenzuwirken, da dieser als Entwicklungshemmnis angesehen werden müsse. Insbesondere gefährde der Klimawandel die Erfüllung der Hauptziele der Millennium Development Goals. Klimawandel müsse daher von der EZ mitgedacht werden. Eine von vielfältigen Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgas sei die Walderhaltung, da die Rodung der tropischen Regenwälder rund 1/5 der globalen Emissionen verantwortete.

Negativ ausgedrückt springe Entwicklungspolitik auf den Klimadiskurs „auf“ und tappe dabei allerdings in eine strukturelle Falle, da eine strukturelle Differenz zwischen Entwicklung und Klimapolitik bestehe. Es bleibe damit schwierig, proaktives Verhalten positiv zu bewerten, und der Vorwurf, dass die Versicherheitlichung von EZ als Legitimation von Wandel instrumentalisiert werde, bleibe im Raum stehen. Demnach sei Folgendes notwendig, um eine „Klima-EZ“ konfliktensibel zu gestalten:

- eine systematische Identifizierung der vom Klimawandel betroffenen Sektoren;
- die Einbeziehung nationaler und internationaler Akteure bei der der Risikoidentifizierung;
- eine institutionelle Flankierung;
- eine Integration von Anpassungsmaßnahmen internationaler und regionaler Entwicklungsprozesse.

Zivilgesellschaftliche Beiträge zu einer konstruktiven Klimapolitik

Die zentrale Frage dieses Forums lautete: Wie können zivilgesellschaftliche Akteure – gerade auch vor dem Hintergrund der Kopenhagener Ergebnisse – zu einer konstruktiven Klimapolitik beitragen? Barbara Unmüßig, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, erläuterte dazu eingangs die derzeitige Strategiedebatte transnationaler NGOs nach Kopenhagen. Das Ausmaß des Scheiterns des Kopenhagener Gipfels habe unter den NGOs eine selbstkritische Debatte über eine notwendige strategische Neuausrichtung entfacht. Unabhängig von den Ergebnissen des Gipfels diagnostizierte Unmüßig zuversichtlich eine positive Entwicklung innerhalb der Zivilgesellschaft: Es habe seit langer Zeit nicht mehr so viel Bereitschaft gegeben, sich zu engagieren und grundsätzliche gesellschaftliche Themen, z.B. das Wachstumsprinzip, neu zu bedenken, wie im Zuge der derzeitigen Klimadiskussion.

Heidi Meinzolt und Ute Scheub vom Berliner Frauensicherheitsrat zeigten in ihrem gemeinsamen Beitrag anhand von mehreren Einzelfallstudien sowie statistischen Erhebungen, dass Frauen sowohl die künftigen Hauptleidtragenden des Klimawandels seien als auch die zentralen Akteurinnen zu seiner Eindämmung. Denn Frauen seien in vielen, insbesondere aber in Entwicklungsländern für die Basisversorgung (Wasser, Nahrung, Feuerholz) verantwortlich. Die Arbeitsverrichtung würde durch Klimawandelfolgen nicht nur erheblich erschwert, sondern durch den damit einhergehenden deutlich höheren Zeitaufwand zudem z.B. Bildungschancen minimiert und die Benachteiligung weiter verstärkt. Frauen seien allerdings nicht nur Geschädigte des Klimawandels, sondern auch Teil und Trägerinnen der Lösung.

Dr. Lutz Möller, Deutsche UNESCO-Kommission, setzte sich mit der Wahrnehmung des Klimawandels sowie den gesellschaftlichen Voraussetzungen einer erfolgreichen Klimapolitik auseinander. Wirksame klimapolitische Maßnahmen würden in Zukunft nicht umhinkönnen, grundlegend in den Lebensstil eines jeden einzelnen Menschen einzugreifen. Für demokratisch legitimierte Maßnahmen sei allerdings ein Bewusstsein für das Ausmaß künftiger Klimawandelfolgen Voraussetzung – und zwar in umfassenderer Weise als bei herkömmlicher Umweltpolitik. Daher stehe „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vor der großen Aufgabe, nicht noch mehr technisch-naturwissenschaftliches Klimawissen zu vermitteln, sondern Jugendliche und Erwachsene, letztendlich auch alle am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben Beteiligten, dazu zu befähigen, Entscheidungen für eine künftige nachhaltige Lebensweise zu treffen und abzuschätzen, welche Konsequenzen das eigene Handeln für künftige Generationen und das Leben in anderen Weltregionen haben.

Der Schlußtag des Kolloquiums galt der vertiefenden Plenar-Erörterung friedenspolitischer und friedenswissenschaftlicher Folgerungen.

Klimapolitik als präventive Friedenspolitik: Herausforderungen und Perspektiven

Dr. Steffen Bauer, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, entwickelte sein Argument, dass Klimapolitik zugleich als Friedenspolitik verstanden werden müsse. Er wies darauf hin, dass der Klimawandel kein exklusiv umweltpolitisches Problem sei, das nur mit umweltpolitischen Mitteln behandelt werden könne. Der Klimawandel verändere vielmehr die Rahmenbedingungen für Entwicklung und Frieden.

Bauer sah zwar die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 als gescheitert an, was zeige, dass der politische Wille zu einer Übereinkunft noch nicht gegeben sei. Gleichzeitig mache sie ein Machtvakuum in der aktuellen multipolaren Welt offenbar; es handle sich weniger um „Global Governance“ als um „Globale Impotenz“. Gleichzeitig betonte Bauer, dass wirksame Klimapolitik nicht ohne Global Governance möglich sei. Er empfahl eine dreispurige Strategie: 1) eine Europäische Klima-Geopolitik, um eine Führungsrolle zu demonstrieren; 2) „Bottom-up“-Ansätze wie eine globale Low-Carbon-Transformation und 3) die Weiterentwicklung eines internationalen Klima-Regimes durch eine Verringerung der Komplexität des Systems.

Klimapolitik als präventive Friedenspolitik: Voneinander lernen können. Nötige Diskurse zwischen Wissenschaft und Politik

Professor Dr. Martin Claußen, Max-Planck-Institut für Meteorologie und CliSAP, setzte sich mit der Frage auseinander, wie die Wissenschaft und die Politik im Bezug auf den Klimawandel kommunizieren und kooperieren können. Wie schwierig die Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik sein kann, zeige die Diskussion über das 2°C-Ziel als Grenze der durchschnittlichen Welttemperaturerhöhung. Dies sei ein normatives Ziel: Es sei plausibel und vernünftig, aber nicht wissenschaftlich ableitbar. „Das 2°C-Ziel war ursprünglich eine Ad-hoc-Entscheidung, um ein Modell zu testen; es ist nicht deduktiv hergeleitet worden“, so Claußen. Er behaupte, dass die Wissenschaft keine politischen Handlungsweisen herleiten, sondern nur Möglichkeiten explorieren könne.

Claußen vertrat die Meinung, dass die Rollen der Wissenschaft und der Politik klar getrennt sein müssten. Obwohl Wissenschaftler sich äußern dürften, sollten sie klar im Diskurs sagen, ob sie ihre persönliche Meinung oder ihre wissenschaftlichen Befunde wiedergeben. Dies sei schwierig, aber nötig, sonst würden Wissenschaftler unglaubwürdig. Mit Rücksicht darauf sei das IPCC ein sinnvolles Instrument im Dialog zwischen Wissenschaftlern und Politikern, insbesondere aufgrund seines offenen, überprüfbaren Begutachtungsprozesses.

Abschließend benutzte Dennis Tänzler, Adelphi Consult, eine Flugreise-Metapher, um die verschiedenen Akteure in der europäischen Klimapolitik zu illustrieren. Das BMU sei ein Frühbucher: Es habe zum Agenda-Setting beigetragen, sitze aber nicht im Cockpit. Das Auswärtige Amt sei der Kopilot: Es habe bisher sehr stark den Prozess der Frage des Klimawandels geprägt. Das BMZ habe einen Platz reserviert, sei sich aber noch nicht sicher, ob es mitreise. Die Wissenschaft-Community seien die Reiseführer; WBGU biete den Wetterdienst. Die wichtigste Rolle sei noch unbesetzt: Das Flugzeug habe noch keinen Piloten. Tänzler erkenne dennoch in der EU einen möglichen Piloten. Er betonte, dass das

BMU, BMZ und AA sehr eng zusammenarbeiteten, um das Thema aufzugreifen und systematisch auf europäischer Ebene mit anderen Mitgliedsländern eine europäische Führungsrolle weiterzuentwickeln.

Was ist für die Interaktion der Friedens- und Konfliktforschung mit der Klima(folgen)forschung aus dieser Tagung zu lernen?

Die Auswertung der Tagung leistete Professor Dr. Martin Kalinowski, Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg. Ihm lag daran, die zentrale Frage des Jahreskolloquium zu beleuchten: Ist Klimawandel ein Thema für die Friedens- und Konfliktforschung? Er wies darauf hin, dass es nicht sein Ziel sei, ein fertiges Resümee zu ziehen, sondern einen Startpunkt für ein Resümee darzustellen.

Seiner Ansicht nach seien Friedens- und Konfliktforscher im Bereich des Klimawandels eher bei den Sekundäreffekten verortet, wie dem Gewaltausbruch oder der Versicherheitlichung. Dies heiÙe, dass die direkte Interaktion zwischen der Klimaforschung und der Friedens- und Konfliktforschung sehr begrenzt sei. Allerdings gebe es einen zwischengelagerten Bereich, in dem sich die Klimaforschung und die Friedens- und Konfliktforschung treffen könnten: die Klimafolgenforschung. In diesem Themenfeld seien verschiedene Disziplinen vereint, wie etwa Entwicklungspolitik, Armutsbekämpfung, Energieversorgung und menschliche Sicherheit. Doch wenn die zwei Gruppen zusammenarbeiten wollten, müssten sie bereit sein, ihre eigenen Identitätsfelder zu verlassen. Dies sei etwas, was für die Friedens- und Konfliktforschung traditionell gewöhnlich sei, da es keine Disziplin „Friedens- und Konfliktforschung“ im engeren Sinne gebe. „Das grenzüberschreitende Interdisziplinäre ist der Friedens- und Konfliktforschung ohnehin inhärent“, so Kalinowski.

Aber ist der Klimawandel tatsächlich ein Gegenstand von Friedens- und Konfliktforschung? Empirisch seien die Zusammenhänge zwischen Klimawandelfolgen und Gewaltkonflikten populärwissenschaftlich dargestellt und nur sehr schwer belegbar. Sozialwissenschaftliche Prognosen seien ebenso fast unmöglich. Doch obwohl Skeptizismus gesund sei, könne dieser nicht hinreichen, das Thema abzulehnen.

Trotzdem tauche die Besorgnis immer wieder auf, dass die Friedens- und Konfliktforscher ihre Identität verlieren könnten, wenn sie sich einem Thema wie Klimawandel widmen. Kalinowski stellte dem drei Argumente entgegen. Zunächst betonte er, dass Friedens- und Konfliktforschung als präventive Aufgabe verstanden werde, was bedeute, dass Forscher insbesondere Kritik an einer möglichen Versicherheitlichung oder Militarisierung des Themas übten und somit auch an einer Kultur des Krieges; dies sei „völlig klar“ ein Gegenstand für die Friedens- und Konfliktforschung. Zweitens gebe es einen konstruktiven Anteil der Friedens- und Konfliktforschung: Ziel sei es, nicht nur Konflikte zu verstehen und zu vermeiden, sondern Kooperationen zu entwickeln, die erforderlich seien, um mit zukünftigen Problemen umzugehen. Friedens- und Konfliktforscher könnten bei Normen- und Institutionenbildung, Verteilungsgerechtigkeit und dem Einfluss internationaler Akteure relevante Arbeit leisten, die auch im Bereich Klimawandel genutzt werden könne. Beispielsweise könnte die Einschränkung der nationalen Souveränität durch klimapolitische Maßnahmen eine Frage für die Friedens- und Konfliktforschung sein.

Drittens behandle die Friedens- und Konfliktforschung die Vermeidung von Gewaltausbrüchen, indem sie versuche, die kausalen Zusammenhänge von Konflikten zu verstehen. Solche Grundlagenforschung sei auch im Kontext von Klimaänderungen wichtig: Man müsse genauer verstehen, ob und wann Ressourcenknappheit bzw. Ressourcenreichtum, Armut, Hunger und Migration zu Konflikten führen könnten.

Schließlich hob Kalinowski hervor, dass die Klimawandel- und Klimafolgenforschung eine Möglichkeit darstellen könnten, sich mit dem Begriff des positiven Friedens auseinanderzusetzen. Die möglichen Wirkungen vom Klimawandel ließen sich an das von Johan Galtung entwickelte Konzept der strukturellen Gewalt binden, selbst wenn dieser Ansatz sehr umstritten sei, weil er sich nicht eindeutig abgrenzen lasse. Aus diesem Grund schlug er den Teilnehmern vor, das Konzept der indirekten Gewalt in Betracht zu ziehen. Viel wichtiger als die Frage, ob sich die Menschen wegen klimawandelinduziertem Umweltstress gegenseitig erschießen, sei die gesicherte Erkenntnis, dass weitaus mehr Menschen durch die Wirkungen des Klimawandels sterben würden, weil ihnen die Lebensgrundlage entzogen würde.

Friedens- und Konfliktforscher könnten zu der Entwicklung einer Kultur des Friedens dadurch beitragen, dass sie an neuen, kooperativen Ansätzen für nachhaltige Entwicklung arbeiteten, um solche konflikträchtige Herangehensweisen wie Geengineering zu vermeiden; Letzteres sei Kalinowskis Meinung nach die Fortsetzung des militarisierten Denkens, „dass wir die Erde Untertan machen und mit maschinellen Mitteln nach unserem Wunsch gestalten können“. Eingedenk der Ziele von Friedens- und Konfliktforschung könne die Menschheit auch durch Klimapolitik nachhaltigen Frieden erreichen.

Hamburg, 30.5.2010